



Regionalbericht
Ostmittel- und Südosteuropa

Demokratische Nagelprobe

von Allan Sikk

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2026031

Regionalbericht BTI 2026

Ostmittel- und Südosteuropa

Demokratische Nagelprobe

von Allan Sikk*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Montenegro, Nordmazedonien, Polen, Rumänien, Serbien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2026 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Allan Sikk, Demokratische Nagelprobe — BTI 2026-Regionalbericht Ostmittel- und Südosteuropa, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2026.

* Allan Sikk ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft am University College London, School of Slavonic and East European Studies und BTI-Regionalkoordinator für Ostmittel- und Südosteuropa.

Einleitung

Ostmittel- und Südosteuropa bleibt in allen Bereichen die bestbewertete Region im BTI. Selbst die drei am niedrigsten platzierten Länder – Ungarn, Bosnien und Herzegowina sowie Serbien – liegen in den Bereichen Demokratie- und Wirtschaftsstatus über dem globalen Durchschnitt. Dies trifft allerdings nicht auf die Regierungsleistung zu. Im Durchschnitt verzeichnete die Region Ostmittel- und Südosteuropa im BTI 2026 nur geringe Veränderungen in allen drei Untersuchungsdimensionen. Während die Werte für politische Transformation und Governance weitgehend stabil blieben, wies der durchschnittliche wirtschaftliche Transformationswert leichte Verbesserungen auf, die vor allem auf die fortdauernde post-pandemische Erholung und den Rückgang des im BTI 2024 konstatierten Inflationsdrucks zurückzuführen sind.

Somit bleibt der politische und wirtschaftliche Entwicklungsstand der Region weitgehend stabil. Auch wenn dies eine gewisse Stabilität suggeriert, sah sich die Region mit zunehmenden geopolitischen Risiken sowie Rückschritten im Bereich der demokratischen Entwicklung und der Governance in einigen Ländern konfrontiert. Russlands Krieg gegen die Ukraine war ein entscheidender Wendepunkt. Die Invasion verstärkte zunächst in fast allen Ländern die Entschlossenheit, sich klar an der Seite des Westens zu positionieren. Mit Beginn der zweiten Amtszeit von Donald Trump und dem Bestreben seiner Regierung, sich von Europa zu lösen, wurde jedoch wesentlich unklarer, was eine solche „westliche“ Orientierung bedeutete.

Während die meisten Länder der Region auf die Bedrohung durch ein zunehmend revanchistisch agierendes Russland mit einer Intensivierung ihrer Westbindung und Unterstützung für die Ukraine reagierten, schlugen einige Länder einen anderen Kurs ein. Am deutlichsten zeigte sich dies in Ungarn, wo die seit Langem regierende Fidesz-Regierung ihre engen Beziehungen zu Russland und China beibehielt. Serbien verfolgte unter der zunehmend autoritären Führung von Präsident Aleksandar Vučić weiterhin einen Balanceakt zwischen EU, Russland und China. Nach der Wahl von Ministerpräsident Robert Fico im Jahr 2023 schloss sich auch die Slowakei den beiden autoritär orientierten und deutlich weniger pro-ukrainischen Regierungen von Ungarn und Serbien an.

Fast alle Länder in Ostmittel- und Südosteuropa haben seit dem Ende des Kommunismus Fortschritte in den Bereichen Demokratisierung, wirtschaftlicher Transformation und Governance erzielt. Während der letzten EU-Erweiterungsrunde von 2004 bis 2013 verbesserte sich die Region deutlich, um in den Folgejahren allerdings wieder Rückschritte aufzuweisen. Dieser Abwärtstrend kam nach 2021 im Großteil der Länder zum Stillstand, jedoch nicht in Serbien und Ungarn. Serbien ist nunmehr aus der Gruppe der „defekten Demokratien“ herausgefallen und wird im BTI 2026 als „moderate Autokratie“ geführt. Ungarn steht kurz davor, in die Kategorie der „stark defekten Demokratien“ zu Bosnien und Herzegowina abzurutschen. Polen hingegen verzeichnete eine deutliche Wende: Die neue Regierung steuerte das Land in eine liberale Richtung und erzielte in allen drei BTI-Dimensionen (Politische Transformation, Wirtschaftliche Transformation und Governance) deutliche Fortschritte. Damit kehrt Polen in die Gruppe der „sich konsolidierenden Demokratien“ und in die Kategorie „guter“ Governance zurück. Allerdings steht die Regierung angesichts ihrer knappen Parlamentsmehrheit, des anhaltenden Widerstands durch die vormaligen von der PiS vereinnahmten Institutionen sowie durch die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit einem PiS-nahen Präsidenten vor besonders großen Herausforderungen.

Auch wenn jedes Land seine eigene Entwicklungsgeschichte aufweist, lassen sich gemeinsame Trends erkennen: Politische Polarisierung und Bedenken hinsichtlich der Integrität von Wahlen nehmen zu. Bilaterale Spannungen zwischen einigen Ländern bestehen fort oder verstärken sich sogar – etwa die anhaltenden Konflikte zwischen Kosovo und Serbien über die Unabhängigkeit des Kosovo oder die Auseinandersetzungen zwischen Nordmazedonien und Bulgarien über Fragen der kulturellen Identität. Die meisten Volkswirtschaften haben sich von der COVID-19-Krise und den anschließenden Inflationsschüben weitgehend erholt, sehen sich nun jedoch mit steigenden Staatsschulden und übermäßigen Haushaltsdefiziten konfrontiert. Die NATO-Mitgliedstaaten – also alle bis auf drei Länder der Region – haben sich zudem verpflichtet, ihre Militärausgaben auf das neue NATO-Ziel von 5 % zu erhöhen, was zusätzliche fiskalische Herausforderungen mit sich bringt. Im Bereich der „Governance“ bleiben Korruption und ein schwindender Konsens über politische Zielsetzungen zentrale Probleme in den meisten Ländern. Die EU prägt weiterhin die Reformagenden mehrerer Beitrittskandidaten wie Albanien, Montenegro und Nordmazedonien. Selbst in den beiden erstgenannten Ländern, die derzeit die besten Beitrittsperspektiven besitzen, gestaltet sich der Prozess jedoch schwierig. In Serbien sowie Bosnien und Herzegowina hat die unklare Beitrittsperspektive sogar möglicherweise dazu beigetragen, dass demokratische Reformen und Governance-Verbesserungen ins Stocken geraten sind. Streitigkeiten mit Bulgarien beeinträchtigen wiederum die EU-Beitrittsaussichten Nordmazedoniens. Unter den EU-Mitgliedstaaten haben die Slowakei und Ungarn ein angespanntes Verhältnis zu Brüssel und anderen Mitgliedstaaten. Andere Länder sind hingegen auf dem Weg zu einer engeren Integration: Kroatien trat 2023 der Eurozone bei, Bulgarien soll im Januar 2026 folgen. Der schleppende Beitritt Albaniens und Nordmazedoniens sowie der verzögerte Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens (zu Beginn 2025 abgeschlossen) verdeutlichen jedoch die Komplexität der EU-Integration, bei der Fortschritt sowohl von den innerstaatlichen Reformanstrengungen als auch von den innenpolitischen Entwicklungen anderer Mitgliedstaaten abhängt.

Politische Transformation

Der durchschnittliche Demokratiewert für Ostmittel- und Südosteuropa blieb im Vergleich zum BTI 2024 stabil. Dennoch gab es deutliche Veränderungen für einzelne Länder. Neun Staaten verzeichneten Rückgänge, sieben Verbesserungen. Polen kehrte in die Gruppe der „sich konsolidierenden Demokratien“ zurück, während Lettland und Albanien nach stetigen, wenn auch nur moderaten, Fortschritten ihre höchsten Demokratiewerte seit dem BTI 2006 erreichten. Im Unterschied dazu erzielten sechs Länder ihre niedrigsten Werte seit dem BTI 2006: Während der Rückgang in Tschechien nur gering ausfiel und das Land sowohl regional als auch global weiter gut platziert ist, setzte sich der seit dem BTI 2010 zu beobachtende starke Abwärtstrend in Ungarn verlangsamt fort. Deutlicher waren die Einbußen im Vergleich zum BTI 2024 jedoch in Bulgarien, der Slowakei, Rumänien und insbesondere in Serbien. Während die Hälfte der Länder in der Region als „defekte“ oder „stark defekte Demokratien“ eingestuft bleibt, rutschte Serbien aufgrund fortschreitender Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung von Wahlen stark ab und gilt nun als „moderate Autokratie“.

Tab. 1: Status der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
Estland	Albanien	Bosnien u. Herzegowina	Serbien ▼▼	
Litauen	Nordmazedonien			
Slowenien	Montenegro			
Lettland	Rumänien			
Tschechien	Bulgarien			
Kroatien	Kosovo			
Polen ▲	Ungarn			
Slowakei				

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Polen verzeichnete in diesem Bewertungszeitraum den größten Fortschritt in der Region (+1,00) und kompensierte damit einen Teil der Rückschritte, die es seit November 2015 unter der vorherigen PiS-Regierung gemacht hatte. Der Wert liegt jedoch weiterhin deutlich unter dem Spitzenwert im BTI 2016. Die Wahl einer von der Bürgerkoalition geführten Regierung unter dem ehemaligen Premierminister und EU-Ratspräsidenten Donald Tusk im Jahr 2023 markierte einen klaren Bruch mit den vorangegangenen acht Jahren illiberaler PiS-Herrschaft. Besonders in den Bereichen der Unabhängigkeit öffentlicher Medien und der Rechtsstaatlichkeit gab es Verbesserungen: Von der PiS eingesetzte Führungskräfte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der polnischen Presseagentur sowie propagandistisch tätige Journalist:innen wurden von ihren Posten entbunden. Die Gewaltenteilung wurde wiederhergestellt, nachdem PiS nahezu alle zentralen Institutionen – einschließlich Regierung, Präsidentschaft, Parlament und Teile der Justiz – unter ihre Kontrolle gebracht hatte. Gleichwohl bleibt das Parteiensystem stark polarisiert und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen gering. Die neue Regierung steht zudem vor großen Herausforderungen: Sie besitzt nur eine knappe Parlamentsmehrheit, und die Unsicherheit infolge des Ukrainekriegs hält an. Zudem lassen sich einige Änderungen am politischen System, die aus der PiS-Ära stammen, nur schwer rückgängig machen.

Albanien hat nach jahrelanger Annäherung an den regionalen Durchschnitt diesen nun fast erreicht und verzeichnet unter den Nicht-EU-Ländern den höchsten Wert, der höher ist als der von drei EU-Mitgliedstaaten. Die Sozialistische Partei (PS) von Edi Rama regiert seit dem September 2013 und seit 2017 mit eigener Mehrheit, womit Rama nach Viktor Orbán der am längsten amtierende Regierungschef Europas ist. Der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen im Jahr 2022 war für Albanien ein wichtiger Meilenstein. Reformen gegen die organisierte Kriminalität und zur Stärkung der Strafverfolgung haben die staatliche Autorität sowie die Rechtsstaatlichkeit gestärkt und generell die Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen verbessert. Nordmazedonien, das 2022 ebenfalls Beitrittsverhandlungen begann, stagniert dagegen aufgrund anhaltender Streitigkeiten mit Bulgarien, die von der Anerkennung der mazedonischen Sprache über historische Darstellungen in Schulbüchern bis hin zur Forderung Bulgariens nach einer Verfassungsänderung zur offiziellen Anerkennung einer bulgarischen Minderheit reichen. Die vorherige, als zu nachgiebig gegenüber Bulgarien wahrgenommene SDSM-Regierung verlor 2024 so-

wohl die Parlaments- als auch die Präsidentschaftswahlen an die VMRO-DPMNE. Keine der derzeit im Parlament vertretenen ethnisch-mazedonischen Parteien zeigt Bereitschaft, auf Bulgarien zuzugehen und konstruktive Lösungen im Streit zu suchen.

Nach zwei Jahrzehnten stetigen, wenn auch langsamen Fortschritts erreichte Lettland seinen bisher höchsten Demokratiewert im BTI und sicherte damit allen drei baltischen Staaten einen Platz unter den fünf bestplatzierten Ländern der Region. 2022 wurde Krišjānis Kariņš der erste lettische Premierminister, der eine volle Amtszeit absolvierte. Seine Partei Neue Einigkeit gewann bei den Parlamentswahlen den größten Stimmenanteil. Zwar wollte Kariņš seine politische Laufbahn in der EU fortsetzen, doch ein Skandal um seine Nutzung von Privatjets während seiner Amtszeit führte zu seinem Rückzug aus der Politik. Trotz solcher Skandale und eines fragmentierten Parteiensystems zeigt Lettland bemerkenswerte Stabilität: Bis Ende 2024 stellte Neue Einigkeit – einschließlich ihrer Vorgängerparteien – in 15 der vergangenen 18 Jahre den Regierungschef, mit nur einer dreijährigen Unterbrechung, in der sie jedoch Koalitionspartner war.

Slowenien setzte den im BTI 2024 begonnenen demokratischen Aufschwung fort. Die Regierung der 2021 gegründeten progressiven Freiheitsbewegung (GS) führte Reformen insbesondere in Rechtsstaatlichkeit und politischer Partizipation durch. Allerdings mangelte es der GS an politischer Erfahrung, was sich in sinkenden Zustimmungswerten und einem schlechten Abschneiden bei den Europawahlen 2024 zeigte. Die politische Polarisierung nahm zu, da Ex-Premier Janez Janša (SDS) wiederholt Neuwahlen forderte und versuchte, die Justiz zu delegitimieren.

Ogleich Montenegro noch immer unter dem regionalen Durchschnitt liegt und Bosnien und Herzegowina noch deutlicher, verzeichneten beide Länder leichte Fortschritte. Montenegros EU-Beitrittsaussichten gelten inzwischen besser als die Nordmazedoniens. Unter dem neuen, 2023 gewählten Premier Miloško Spajić der Partei Europa Jetzt verabschiedete das Land neue Antikorruptionsgesetze und Änderungen mehrerer Justizgesetze. Daraufhin legte die EU im Sommer 2024 den lange erwarteten Zwischenbericht zu den Beitrittskriterien (IBAR) vor. Dennoch bleibt die Zivilgesellschaft im Gesetzgebungsprozess weitgehend außen vor, nicht zuletzt durch den häufigen Einsatz von legislativen Eilverfahren. Identitätspolitische Spannungen bestehen weiter, trotz aller Bemühungen der Regierung, den Fokus stärker auf sozioökonomische Themen zu lenken.

In Bosnien und Herzegowina stellte der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, weiterhin die Legitimität staatlicher Institutionen infrage und drohte mit einer verfassungswidrigen Abspaltung. Trotz des anhaltenden Kriegs in der Ukraine pflegte er enge Beziehungen zu einem zunehmend autoritären Belgrad und zu Moskau. Gleichzeitig zeigten die demokratischen Institutionen auf nationaler Ebene nach den Wahlen im Oktober 2022 ihre Widerstandsfähigkeit: Anders als nach den Wahlen 2018 konnten auf gesamtstaatlicher Ebene sowie in der Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH) zügig Koalitionen gebildet werden. Das Parlament verabschiedete einige zentrale Gesetze, auch wenn Reformen langsam ablaufen und begrenzt bleiben. In der FBiH war der Fortschritt deutlich größer als im vorherigen Berichtszeitraum. Diese Entwicklungen und die geopolitischen Auswirkungen des Ukrainekriegs veranlassten die EU, im März 2024 Beitrittsgespräche mit Bosnien und Herzegowina zu eröffnen.

In Serbien verschlechterte sich die Demokratie deutlich, vor allem durch Rückschritte im Bereich der Wahlfreiheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit sowie durch eine zunehmende politische Polarisierung. Trotz seiner formal eher repräsentativen Funktion dominierte Präsident Aleksandar Vučić mit seiner Serbischen Fortschrittspartei (SNS) weiterhin die Politik. Das

Parlament blieb ineffektiv und war geprägt von aggressiven Wortgefechten zwischen Regierungsfraktionen und Opposition. Wahlmanipulationen nahmen bei den Kommunalwahlen 2024 zu und führten zu erneuten Boykotten durch die Opposition, die selbst aber ideologisch zersplittert und von Misstrauen zwischen den Führungspersonen geprägt war. Opposition, Zivilgesellschaft und freie Medien wurden durch regierungsnahe Propaganda systematisch diskreditiert. Die politische Krise eskalierte im November 2024 mit studentischen Antikorruptionsprotesten nach dem Einsturz des Daches des Bahnhofs Novi Sad, bei dem 16 Menschen ums Leben kamen. Die Proteste hielten auch sechs Monate später noch an, obwohl Vučić und seine Verbündeten sie als ausländisch gesteuerten Versuch einer „Farbrevolution“ darstellten.

Fünfzehn Jahre nach Viktor Orbáns Amtsantritt steht Ungarn weiterhin kurz davor, zu einer vollständigen Autokratie zu werden. Allerdings führte staatliches Missmanagement zunehmend zu verschlechterten öffentlichen Dienstleistungen. Insofern kam es 2024 zur bislang stärksten politischen Herausforderung der Fidesz-Partei und Orbán durch die rasant wachsende TISZA-Partei des Fidesz-Abtrünnigen Péter Magyar, die sowohl aus dem oppositionellen demokratischen Lager als auch von ehemaligen Fidesz-Wähler:innen Zuspruch erhielt. Trotz eines stark zugunsten von Fidesz verzerrten institutionellen und politischen Systems erzielte TISZA bei den Europa- und Kommunalwahlen 2024 starke Ergebnisse und überholte Fidesz in Meinungsumfragen vom November 2024 – ein erster Hinweis auf einen möglichen zukünftigen Machtwechsel.

Drei weitere EU-Mitgliedstaaten – Bulgarien, Rumänien und die Slowakei – verzeichneten Rückgänge ihrer Demokratiewerte. Die Slowakei schnitt von den dreien noch am besten ab und liegt weiterhin über dem regionalen Durchschnitt. Doch die vorgezogenen Parlamentswahlen 2023 brachten Robert Fico und eine von seiner Partei Smer geführte Koalition erneut an die Macht. Ficos vierte Amtszeit war von einem autoritären Kurs geprägt. Die Regierung nutzte häufig beschleunigte Gesetzgebungsverfahren, um die Opposition zu umgehen. Die Gewaltenteilung wurde weiter geschwächt, nachdem Fico-Verbündeter Peter Pellegrini 2024 zum Präsidenten gewählt wurde. Die Regierung hat das Strafrecht rigoros geändert und die Sonderstaatsanwaltschaft abgeschafft, aus Gründen des Selbstschutzes und als Vergeltungsmaßnahme für deren Handlungen unter der vorherigen Regierung. Die Regierung hat auch NGOs und die Medien ins Visier genommen und umstrittene Änderungen an den Regelungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorgenommen. Die wachsende Polarisierung gipfelte im Mai 2024 in einem Attentatsversuch auf Fico.

Die bulgarische Politik blieb von Instabilität, sich weiter zuspitzender Polarisierung und einem zunehmend zersplitterten Parteiensystem geprägt. Innerhalb von vier Jahren fanden sieben Parlamentswahlen statt, ohne dass sich eine stabile Regierung bilden ließ. Die 2023 gebildete rotierende Regierung zwischen GERB-SDS und PP-DB scheiterte an internen Konflikten und ideologischen Unterschieden. In Rumänien führten steigende Polarisierung, institutionelle Instabilität und das Erstarken radikal rechter Parteien 2024 zu politischem Aufruhr. Der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahl wurde annulliert, nachdem der zuvor wenig bekannte, rechtsextreme Außenminister Călin Georgescu überraschend erfolgreich war – unterstützt von einer massiven, anonym finanzierten TikTok-Kampagne. Die Verschiebung der Wahl auf Mai 2025 verstärkte die politische Unsicherheit und Radikalisierung in der Gesellschaft stärkte und rechtsextreme und systemkritische Kräfte.

Ob Ostmittel- und Südosteuropa die demokratische Nagelprobe besteht, lässt sich nicht eindeutig beantworten. Einerseits zeigten die baltischen Staaten eine außerordentliche Resilienz vor dem Hintergrund russischer Aggressionen, den Herausforderungen der Pandemie und fiskalischem Druck. Auch Tschechien erwies sich als relativ stabil, während Polen und Slowenien eine liberale Trendumkehr von populistisch-autoritären Regierungen bewerkstelligen konnten, selbst wenn sie ihr früheres demokratisches Spitzenniveau noch nicht wieder erreicht haben. Die Widerstandsfähigkeit ihrer demokratischen Institutionen wird weiterhin durch einen geschwächten Zielkonsens und eine anhaltend starke politische Polarisierung gefährdet.

Andererseits ist Serbien zur Autokratie abgeglitten. Der Zerfall der Demokratie dort ist geprägt von Machtüberschreitungen der Exekutive, die auch für die Slowakei und insbesondere für Ungarn charakteristisch sind, ein weiteres Land, das am Rande des Autoritarismus steht. In diesen Ländern unterminiert eine (halb-)autoritäre Herrschaft demokratische Institutionen sowohl bei der politischen Partizipation (sinkende Wahlqualität) als auch in der Rechtsstaatlichkeit (geschwächte Gewaltenteilung). Teil der demokratischen Nagelprobe ist die Mobilisierung der Zivilgesellschaft, wie beispielsweise die Massenproteste in Serbien, auch wenn noch unklar ist, ob solche Bemühungen ausreichen werden, um eine echte Herausforderung für die Autokratisierung darzustellen. Bulgarien und Rumänien befinden sich auf einem gefährlichen Abwärtspfad: Beide leiden unter hoher politischer Volatilität und wachsender Polarisierung, teils durch äußere Einflussnahme befeuert. Sie sind inzwischen hinter die EU-Beitrittsanwärter Albanien und Montenegro zurückgefallen, deren Fortschritte einen weiteren Resilienztest mit sich bringen: ob die Stabilität ihrer demokratischen Institutionen durch Regierung, Zivilgesellschaft und externe Unterstützung aufrechterhalten werden kann.

Wirtschaftliche Transformation

13 der 17 Länder in Ostmittel- und Südosteuropa haben einen fortgeschrittenen oder weit fortgeschrittenen wirtschaftlichen Transformationsstand. Trotz nur moderater Fortschritte in den vergangenen Jahren bleibt die Region damit in allen Aspekten die bestplatzierte weltweit. Das ist wenig überraschend, da bereits 2006 neun Länder einen weit fortgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklungsstand aufwiesen und inzwischen elf Staaten EU-Mitglied sind. Allerdings gelten nicht alle EU-Mitglieder als „weit fortgeschritten“: Bulgarien und Rumänien werden weiterhin lediglich als „fortgeschritten“ eingestuft, während Ungarn nach jüngsten Rückschlägen nur noch eine „eingeschränkte wirtschaftliche Transformation“ bescheinigt wird – hinter Ländern wie Montenegro und Albanien, die in den letzten Jahren deutliche Fortschritte erzielt haben.

Während Bulgarien, die Slowakei und Ungarn im BTI 2026 neue Tiefstwerte erreichten, verzeichnete etwa die Hälfte der Länder der Region neue Höchstwerte. Der regionale Durchschnitt für die wirtschaftliche Transformation verbesserte sich leicht – bedingt durch die Erholung von den meisten wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und der durch hohe Energiepreise ausgelösten Inflationswelle. Zwar fielen die Veränderungen insgesamt moderat aus, doch hat sich der Vorsprung gegenüber dem globalen Durchschnitt vergrößert. Das regionale Mittel liegt wieder auf dem Niveau vor der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise und auch nur geringfügig unter dem während der Boomjahre erzielten Höchstwert des BTI 2008. In fünf Ländern verbesserte sich die volkswirtschaftliche Leistungsstärke deutlich, in sechs Ländern die Nachhaltigkeit. Die meisten Veränderungen blieben jedoch moderat.

Trotz dieses etwas optimistischeren Bildes blieb die wirtschaftliche Entwicklung 2023–2024 volatil. 2023 lag das durchschnittliche BIP-Wachstum pro Kopf bei 2 % – nach deutlich höheren Werten in den beiden Vorjahren, als sich die Volkswirtschaften von der Pandemie erholten (2021: +8,5 %, 2022: +4,1 %). Das höchste Wachstum verzeichneten Montenegro (+6,5 %), Albanien (+5,1 %), Bulgarien (+5,0 %) und Kosovo (+4,8 %; alle Daten: World Bank, World Development Indicators). Dagegen ging das Pro-Kopf-BIP in vier Ländern zurück: Ungarn (–0,4 %), Litauen (–1,1 %), Tschechien (–1,9 %) und besonders Estland (–4,5 %), bedingt durch hohe Inflation, sinkenden privaten Konsum und geringere Investitionen sowie eine schwächere Nachfrage wichtiger Handelspartner dieser stark exportorientierten Volkswirtschaft. 2024 stieg das durchschnittliche Wachstum der Region auf 3,1 %, blieb jedoch in mehreren Ländern – insbesondere unter den EU-Mitgliedern – verhalten, wo es im Schnitt nur 1,6 % erreichte.

Abb. 2: Status der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten	fortgeschritten	eingeschränkt	stark eingeschränkt	rudimentär
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
Slowenien	Rumänien	Serbien		
Estland	Bulgarien	Ungarn		
Tschechien	Montenegro	Bosnien u. Herzegowina		
Litauen	Nordmazedonien	Kosovo		
Lettland	Albanien			
Polen				
Kroatien				
Slowakei				

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Positiver war die Entwicklung bei der Inflation: Der regionale Durchschnitt sank von einem Höchstwert von 13,7 % im Jahr 2022 über 9,3 % im Jahr 2023 auf nur noch 2,2 % im Jahr 2024. Die Hälfte der Länder wies, gemessen an westeuropäischen Standards, weiterhin moderate oder niedrige Schuldenquoten auf: 2024 lag die Bruttostaatsverschuldung in acht Ländern unter 50 % des BIP und in allen Ländern außer Ungarn, Slowenien und Montenegro unter 60 %. Während die Schulden in Slowenien und Montenegro allerdings zurückgingen, stiegen sie in den meisten anderen Ländern seit 2022 an. Zugleich kämpften alle Staaten mit Haushaltsdefiziten: 2024 lag das gesamtstaatliche Defizit in fünf Ländern über 4 % des BIP, mit Spitzenwerten in Rumänien (–8,6 %), Polen (–6,6 %) und der Slowakei (–5,8 %; Daten: IWF). Diese drei Länder litten besonders unter fiskalisch nicht tragfähigen, expansiven Politiken, getrieben von steigenden Sozialausgaben – vor allem infolge der Energiepreisinflation – und Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor. Unter Druck der EU, das 3 %-Defizitlimit einzuhalten, starteten alle drei Regierungen politisch heikle Konsolidierungsmaßnahmen. In Rumänien erwies sich das 2025 verabschiedete Konsolidierungspaket, das auf EU-Forderung hin unter Sanktionsandrohung beschlossen wurde, als hochumstritten und wurde von der radikalen Rechten vor dem Verfassungsgericht angefochten.

Sechs EU-Mitgliedstaaten der Region gehören inzwischen zur Eurozone, als letztes stieß Kroatien im Januar 2023 hinzu. Das Land hatte die Defizit- und Inflationsauflagen eingehalten und erhielt trotz Verletzung der Schuldenkriterien eine Ausnahmegenehmigung aufgrund pandemiebedingter Mehrausgaben und einer klar sinkenden Schuldenquote. Die Staatsverschuldung

sank von 77,5 % (2021) auf 57,6 % (2024) und liegt damit unter dem EU-Zielwert von 60 %. Bulgarien, das 2022 und 2024 noch Probleme beim Inflationskriterium zeigte, erfüllte 2024 alle Beitrittskriterien und wurde zum Beitritt im Januar 2026 eingeladen. Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn halten formal an der in den EU-Beitrittsverträgen festgelegten, verpflichtenden Euro-Einführung fest. Die öffentliche Unterstützung dafür ist in den Ländern jedoch unterschiedlich groß: In Bulgarien befürworten – trotz bevorstehendem Beitritt – nur 45 % die Einführung, 53 % sind dagegen (Flash Eurobarometer 560, März 2025). In Ungarn (75 %) und Rumänien (71 %) ist die Zustimmung deutlich höher, in Tschechien (46 %) und Polen (46 %) niedrig. Keines dieser Länder erfüllt aktuell alle Maastricht-Konvergenzkriterien, insbesondere nicht bei der Inflation und den langfristigen Zinssätzen. Mit Ausnahme Rumäniens hat der Euro-Beitritt dort derzeit keine Priorität, sodass ein kurzfristiger Beitritt unwahrscheinlich ist.

Die meisten Länder haben seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine ihre Abhängigkeit von russischem Erdgas deutlich reduziert. Der Wandel war tiefgreifend: Während 2021 noch mehr als 50 % des EU-Gasverbrauchs aus Russland stammten, waren es 2022 nur noch 13 %, mit einem leichten Anstieg auf 19 % im Jahr 2024. Einige Länder machten auch Fortschritte beim Ausbau erneuerbarer Energien: Bosnien und Herzegowina, Estland und Litauen steigerten ihren Anteil zwischen 2014 und 2023 um mehr als acht Prozentpunkte und liegen heute über dem EU-Durchschnitt (24,6 % im Jahr 2023). In anderen Ländern blieb der Fortschritt begrenzt und deutlich unter dem EU-Durchschnitt. In Polen und der Slowakei liegt der Anteil erneuerbarer Energien bei nur 17 %, ein Plus von lediglich fünf Prozentpunkten in den zurückliegenden zehn Jahren. Zusammen mit Bulgarien, Tschechien, Ungarn sowie den Nicht-EU-Ländern Kosovo und Nordmazedonien liegen sie deutlich unter dem verbindlichen EU-Ziel von 42,5 % (bzw. den angestrebten 45 %) bis 2030: Die Spanne des aktuellen Anteils erneuerbarer Energien reicht hier von 16,6 % in Polen bis 22,5 % in Bulgarien.

Insgesamt verbesserten sich die Werte der meisten Länder bei der wirtschaftlichen Transformation. Die wenigen Rückgänge fielen gering aus, am stärksten waren noch die Slowakei (–0,29) und Bulgarien (–0,14) betroffen. Polen (+0,61) und Slowenien (+0,57) erzielten die größten Verbesserungen, gefolgt von Montenegro (+0,36), das bereits zum zweiten Mal in Folge ein deutliches Plus aufwies. Polens starke Leistungsbilanz leitete sich aus privatem Konsum, ausländischen Investitionen, niedriger Arbeitslosigkeit und verbesserter Steuererhebung ab. Die 2023 gewählte Regierung stärkte Eigentumsrechte, investierte mehr in erneuerbare Energien, erhöhte Lehrergehälter und Forschungsausgaben und leitete Reformen zur Entpolitisierung der Universitäten ein. Slowenien verbesserte die soziale Absicherung, steigerte den Frauenanteil in der Beschäftigung und profitierte von stabiler makroökonomischer Entwicklung und niedriger Arbeitslosigkeit. Montenegro baute ebenfalls die sozialen Sicherungssysteme aus und stabilisierte trotz politischer Turbulenzen seine Finanzen. Zudem gelang ein einschneidender Abbau der vormals extrem hohen Verschuldung von 107,4 % (2020) auf 62,6 % (2024).

Trotz inflations- und fiskalpolitischer Belastungen – zuerst durch Investitionen in das Gesundheitswesen, dann durch steigende Verteidigungsausgaben – erwiesen sich die Volkswirtschaften Ostmittel- und Südosteuropas als bemerkenswert widerstandsfähig gegenüber globalen wirtschaftlichen Schwankungen. Während der EU-Binnenmarkt als stabilisierender Anker wirkt, steht die Region vor einer weiteren Belastungsprobe durch handelspolitische Verwerfungen infolge neuer US-Zölle.

Governance

Trotz eines seit 2006 anhaltenden negativen Trends im Governance-Index schneidet Ostmittel- und Südosteuropa im BTI-Vergleich weiterhin besser ab als alle anderen Regionen weltweit. Allerdings gelten derzeit nur die drei baltischen Staaten und Tschechien als Länder mit „sehr guter“ Governance. Die Mehrheit liegt in der Kategorie „guter“ Governance, während sechs Länder schlechter eingeordnet sind. Darunter finden sich drei EU-Mitgliedstaaten, die entweder durch chronisch schwache Governance (Rumänien) oder durch autokratische Tendenzen (Ungarn und seit Kurzem auch die Slowakei) gekennzeichnet sind. Zwar stellte der vollständige Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Raum am 1. Januar 2025 einen Meilenstein dar, doch erfolgte er mehr als ein Jahrzehnt später als ursprünglich geplant. Zudem ist die Governance-Qualität in beiden Ländern in den letzten zwei Jahrzehnten kontinuierlich gesunken.

Table 3: Qualität der Governance-Leistung

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
Litauen	Polen ▲	Slowakei ▼	Bosnien u. Herzegowina	
Estland	Albanien	Kosovo	Serbien ▼	
Lettland	Slowenien	Rumänien	Ungarn	
Tschechien ▲	Kroatien			
	Nordmazedonien			
	Montenegro			
	Bulgarien			

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Der regionale Durchschnitt blieb gegenüber dem BTI 2024 unverändert, auch wenn die meisten Länder rückläufige Entwicklungen verzeichneten. Diese wurden fast ausschließlich durch die bemerkenswerte Wende in Polen nach dem Regierungswechsel 2023 ausgeglichen. Der Governance-Wert Polens stieg um 1,64 Punkte – eine der größten Verbesserungen im Index seit BTI 2006, vergleichbar mit Ländern, die sich von Krieg, Bürgerkrieg oder autoritärer Herrschaft erholt haben. Die neue Regierung unter Donald Tusk begann mit der Wiederherstellung strategischer Politikplanung, dem Ausbau von Rechenschaftspflichten und erweiterten Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung. Sie setzte auf die Entpolitisierung von Behörden, band die Zivilgesellschaft wieder in die Politikgestaltung ein und bemühte sich um Versöhnung sowie um den Abbau politischer Polarisierung.

Einen moderaten Aufwärtstrend gab es auch in Bosnien und Herzegowina (+0,39), Kroatien (+0,28) und Slowenien (+0,27). Bosnien und Herzegowina blieb zwar eines der Länder mit der niedrigsten Governance-Qualität in der Region, konnte aber durch Verbesserungen in Gestaltungsfähigkeit und Konsensbildung auf nationaler Ebene sowie in der Föderation Fortschritte erzielen. Die Konsultation der Öffentlichkeit wurde erweitert, und mehrere größere Städte setzten zunehmend Bürgerforen in Entscheidungsprozessen ein. Dennoch liegt die Governance-Leistung des Landes noch immer unter dem Stand von vor zwanzig Jahren, was auf komplexe Verwaltungsstrukturen und tiefe gesellschaftliche Spaltungen – vor allem zwischen der Republika Srpska und dem Rest des Landes – zurückzuführen ist.

In Kroatien waren die Verbesserungen vor allem auf die bessere Umsetzung politischer Maßnahmen sowie auf die effizientere Nutzung verfügbarer Ressourcen und von EU-Unterstützung zurückzuführen. Bei diesen Entwicklungen handelte es sich allerdings eher um einen Rückgewinn verloren gegangenen Bodens als um einen Aufbruch in eine neue Phase der Governance-Qualität.

Auch in Slowenien setzte nach vorangegangenen Rückgängen ein Umschwung ein. Die zentristische Freiheitsbewegung erarbeitete zentrale sektorübergreifende Strategien, verbesserte das Haushaltsmanagement und erzielte das niedrigste Haushaltsdefizit seit fünf Jahren. Verwaltungsreformen steigerten Effizienz und Vertrauen in die Institutionen, unterstützt durch neue Beratungsgremien und ressortübergreifende Arbeitsgruppen zu Themen wie Wettbewerbsfähigkeit und Kriminalitätsprävention. Fortschritte gab es zudem in der Klimapolitik und in der Konsultation von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Besonders erwähnenswert ist, dass der Wirtschafts- und Sozialrat – ein zentrales Koordinierungsgremium – nach einer weitgehenden Stilllegung zwischen 2021 und Mitte 2024 seine Arbeit wieder aufnahm.

Albanien und Lettland erreichten ihre bisher höchsten Werte im Governance-Index, auch wenn die Verbesserungen in der aktuellen Bewertungsperiode gering ausfielen. Albanien profitiert seit 2013 von einer stabilen Regierung unter Edi Rama und vom Reformdruck durch die seit Juli 2022 laufenden EU-Beitrittsverhandlungen, die Governance-Verbesserungen vorantreiben. Aufgrund dieser starken externen Anreize rangiert Albanien vor mehreren EU-Mitgliedstaaten, die mit instabilen oder fragmentierten Regierungen, mangelndem Konsens und politischer Polarisierung zu kämpfen haben. Die positiven Entwicklungen bleiben jedoch weitgehend von den Bedingungen für einen EU-Beitritt getrieben und könnten – wie bei früheren Kandidaten – nach einem Beitritt wieder ins Stocken geraten.

Lettland hat seit dem BTI 2006 vor allem im Bereich der Korruptionsbekämpfung erhebliche Fortschritte gemacht. Nach anfänglichen Schwierigkeiten entwickelte sich das 2002 gegründete Büro zur Verhinderung und Bekämpfung von Korruption (KNAB) zu einer effektiven, international angesehenen Institution. In den vergangenen zehn Jahren konnte es erfolgreich hochrangige Korruptionsfälle verfolgen. Die OECD lobte Lettlands strategische Planungsprozesse, das Verpflichtung einer jährlichen Vermögensoffenlegung für Amtsträger sowie die in der OECD seltene zweijährige „Abkühlphase“, in der ausscheidende Amtsträger nicht zu Organisationen wechseln dürfen, die sie zuvor beaufsichtigten.

In den letzten zehn Jahren sind die Werte zur politischen Konsensbildung in der gesamten Region deutlich gesunken. Dieser Trend setzte sich 2024–2025 fort, begleitet von einem schwindenden demokratischen Zielkonsens, einer zunehmenden Polarisierung und nachlassender regionaler Zusammenarbeit. Die größten Rückschritte verzeichneten die Slowakei, Serbien, Kosovo, Rumänien und Ungarn, die zusammen mit Montenegro historische Tiefststände im Governance-Index erreichten.

Die Slowakei (–0,90) verschlechterte sich unter der neuen, von Robert Fico geführten Koalitionsregierung besonders stark im Governance-Index. Das Kabinett griff verstärkt auf Eilverfahren zurück, um Kritik aus der Zivilgesellschaft und von anderen Interessenvertretern zu umgehen. Vor allem Minister der rechtsextremen Slowakischen Nationalpartei (SNS) verweigerten öffentliche Konsultationen und ignorierten NGOs, die liberale demokratische Werte vertreten. Die SNS besetzte zahlreiche Spitzenposten in Kultur- und Umweltinstitutionen mit parteitreuen Ge-

folgsleuten, darunter Personen mit Verbindungen zu Desinformationsnetzwerken. Auch die Geschichtsdeutung wurde politisch instrumentalisiert: Fico und seine Regierung würdigten die Rolle der Roten Armee bei der Befreiung der Tschechoslowakei, während sie Gedenkveranstaltungen zur Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 oder zur Samtenen Revolution 1989 mieden. Die Beziehungen zu Tschechien, Polen und insbesondere zur Ukraine verschlechterten sich, da Fico die Außenpolitik nach Orbáns Vorbild stärker auf Russland ausrichtete.

In Serbien (–0,47) ist der Rückgang vor allem auf den schwindenden Konsens hinsichtlich einer demokratischen Entwicklung zurückzuführen. Die Regierung betrachtet die Opposition nicht als legitimen politischen Wettbewerber, sondern als Bedrohung des Staates. Präsident Vučić, der das Land de facto führt, ist zum zentralen anti-demokratischen Akteur geworden und vertieft gesellschaftliche Spaltungen mithilfe staatlicher Ressourcen und loyaler Medien. Kritiker:innen aus Opposition, Zivilgesellschaft, Wissenschaft oder unabhängigen Medien werden regelmäßig als „Verräter“ oder „ausländische Söldner“ diffamiert. Ein besonders gravierendes Beispiel für Governance-Versagen, fehlende Rechenschaftspflicht und politische Instrumentalisierung einer Tragödie war der Einsturz des Betondachs des neu renovierten Bahnhofs in Novi Sad am 1. November 2024, bei dem 16 Menschen starben. Der Vorfall löste landesweite Antikorruptionsproteste mit über 100.000 Teilnehmer:innen aus, die die Regierung aufforderten, die Verantwortlichen für das Unglück zur Rechenschaft zu ziehen. Die Proteste richteten sich besonders gegen die Passivität der Staatsanwaltschaft und deren Unterordnung unter politische Interessen.

Rumäniens Governance-Einbußen (–0,38) sind eng mit der Schwächung des politischen Zielkonsenses verbunden. Die Wahlkrise 2024 machte deutlich, dass die Unzufriedenheit mit der etablierten Politik Raum für radikale, anti-liberale Kräfte geschaffen hat. Der Erfolg des Verschwörungstheoretikers Georgescu in der Präsidentschaftswahl sowie der Erfolg der extremen Rechten, die sich über ein Drittel der Parlamentssitze sichern konnte, deuten auf eine Abkehr vieler Wähler:innen von der traditionellen euro-atlantischen Orientierung hin. Die politische Führung verlor ihre Fähigkeit, spaltende Konflikte zu moderieren, und wurde selbst zu einem Auslöser von Instabilität. Sie versäumte es, das Vertrauen in staatliche Institutionen wiederherzustellen und gesellschaftliche Gräben zu überbrücken. Die zivile Kontrolle über den Sicherheitsapparat blieb schwach, bedingt durch eine unvollständige Überwindung der autoritären Vergangenheit. Die Führung war weitgehend unfähig, eine ernsthafte Aussöhnung zwischen den Opfern und den Tätern vergangener Unrechtstaten herbeizuführen, da die Versöhnung politisiert blieb und nur selektiv angegangen wurde. Historische Konfliktlinien wurden politisch instrumentalisiert und vertieften bestehende Spaltungen.

Im Kosovo (–0,41) verschärfte sich die politische Polarisierung sowohl innerhalb der ethnisch-albanischen Parteien als auch zwischen Albaner:innen und Serb:innen. Nicht nur wurden keine Fortschritte in den Beziehungen zu Serbien erzielt, sondern die Beziehungen verschlechterten sich sogar zu Albanien, dem engsten Verbündeten des Kosovo, und zu Nordmazedonien, die sich beide gegen Kosovos innenpolitische Einmischung verwahrten. Albanien kritisierte zudem den Umgang der kosovarischen Regierung mit dem von der EU vermittelten Dialog mit Serbien. Diese Entwicklungen belasteten auch das Verhältnis zur EU und zu den USA.

Ungarn, das im BTI 2006 mit einem Wert von 6,87 zu den Governance-Spitzenreitern gehörte, ist seither kontinuierlich zurückgefallen und rangiert mit 3,45 heute nicht nur am unteren Ende der Region, sondern – gemeinsam mit Serbien – auch unter dem globalen Durchschnitt. Besonders schwach schneidet Ungarn bei internationaler Glaubwürdigkeit, Versöhnung und effektiver

Nutzung internationaler Unterstützung ab. Das vorrangige Ziel der Regierung ist der Machterhalt und die Vermeidung strafrechtlicher Konsequenzen für eigene korrupte Handlungen. Außenpolitisch steht Ungarn im Dauerstreit mit der EU wegen seiner Aushöhlung demokratischer Kerninstitutionen und verfolgt zugleich eine Art „Ostpolitik“: eine Vertiefung der Beziehungen zu China, eine Fortsetzung der Kooperation mit Russland, sowie ein Ausbau der Zusammenarbeit mit Ländern wie der Türkei und Serbien. Dazu gehörte auch, sich aus dem Krieg in der Ukraine herauszuhalten, um die Beziehungen zu Russland nicht zu gefährden. Während fast alle europäischen Spitzenpolitiker seit Beginn des russischen Angriffskriegs 2022 jegliche direkten Kontakte zu Moskau stark eingeschränkt hatten, stattete der ungarische Außenminister allein in den ersten drei Kriegsjahren ein Dutzend Besuche in Moskau ab. Wegen Untätigkeit bei der Korruptionsbekämpfung und gravierender Defizite in der Rechtsstaatlichkeit forcierte die EU Anfang 2025 Milliardenhilfen ein, die weithin als Finanzierung der klientelistischen Netzwerke von Fidesz gelten.

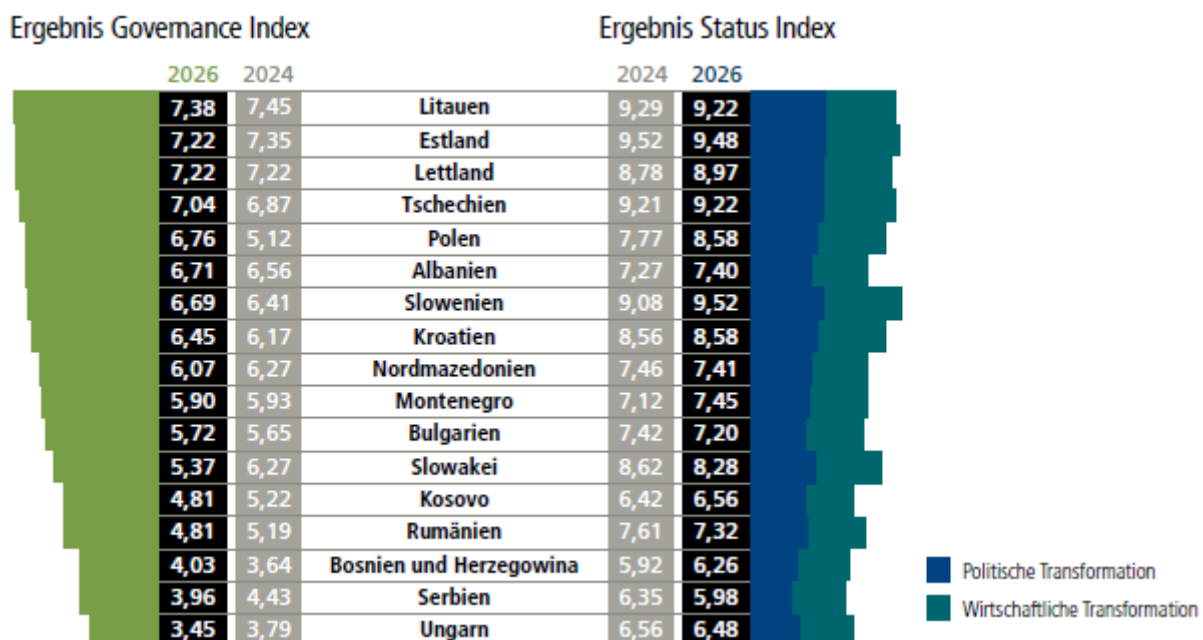
Die Governance-Entwicklungen in Ostmittel- und Südosteuropa verlaufen somit gegenläufig: Einerseits nimmt die interne Regierungsfähigkeit in einigen Ländern – insbesondere in Polen – wieder leicht zu. Andererseits sinkt in mehreren Staaten, vor allem in der Slowakei, die Fähigkeit zur externen Moderation, was zu weniger Konsensbildung im Inland und schwächerer internationaler und regionaler Zusammenarbeit führt. Die entscheidende Nagelprobe wird sein, ob wieder eine inklusivere und kompromissorientierte Regierungsführung in dieser Region möglich ist, die zunehmend von gesellschaftlicher Polarisierung und angespannten nachbarschaftlichen Beziehungen geprägt ist.

Ausblick

Mehrere Länder in Ostmittel- und Südosteuropa haben in den vergangenen Jahren deutliche demokratische Rückschritte oder eine zunehmende politische Polarisierung erlebt. Serbien ist das erste Land der Region, das im BTI als Autokratie eingestuft wird. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts befindet sich das Land inmitten anhaltender, landesweiter Massenproteste, ausgelöst durch den tödlichen Einsturz des Dachs des Bahnhofs von Novi Sad im November 2024. Da die Proteste keine Anzeichen eines Abebbens zeigen, steht das Regime Vučić vermutlich an einem Scheideweg: Repression oder Liberalisierung. Unabhängig vom eingeschlagenen Weg scheint eine Rückkehr zur demokratischen Aufbruchsstimmung der frühen 2010er Jahre unwahrscheinlich.

In Ungarn hat sich Viktor Orbáns illiberale Herrschaft verfestigt, auch wenn politischer Wettbewerb fortbesteht – wie die Erfolge der TISZA-Partei bei den Europa- und Kommunalwahlen 2024 sowie deren aktuell gute Umfragewerte zeigen. Eine Rückkehr zu echtem politischem Wettbewerb und zu Rechtsstaatlichkeit ist jedoch bestenfalls ungewiss. Das institutionelle Gefüge ist stark zugunsten von Fidesz verzerrt, und sowohl das politische Durchhaltevermögen wie auch die demokratische Ausrichtung von TISZA sind bislang schwer einzuschätzen. Auch die polnische Erfahrung mahnt zur Vorsicht: Die 2023 gewählte neue Regierung konnte einige illiberale Strukturen der Vorgängerregierung zurückdrängen, doch der Abbau des noch immer bestehenden PiS-Einflusses auf öffentliche Medien und Justiz auf verfassungskonforme Weise ist langwierig und schwierig. Zudem darf keine neue liberale Regierung mit einem ausgedehnten „Honeymoon“ rechnen. Die Wahl des PiS-nahen konservativen Historikers Karol Nawrocki zum Präsidenten 2025 dürfte die Bemühungen der Mitte-Koalition zur Wiederherstellung demokratischer Institutionen und Normen zusätzlich einschränken.

Viktor Orbán dürfte angesichts von Robert Ficos Amtsrückkehr in der Slowakei Genugtuung gefunden haben, bildet dieser doch nun mit ihm ein Tandem illiberaler Führungsfiguren in Mitteleuropa. Ficos deutlich russlandfreundlichere Außenpolitik macht ihn zu einem umgänglicheren Partner als die abgewählte PiS-Regierung in Polen. Ficos Machtbasis ist jedoch weit schwächer als die Orbáns. Während Fidesz anfänglich von einer Zweidrittelmehrheit profitierte und eine nahezu konkurrenzlose Position im Parteiensystem hatte, ist Ficos Mehrheit fragil und auf eine heterogene Koalition angewiesen. Präsident Peter Pellegrini, Vorsitzender von Hlas – einer Abspaltung von Ficos Smer – zeigt seit seinem Amtsantritt deutlichere politische Konturen, zwar regierungsfreundlich, aber auch als weniger berechenbar als zunächst erwartet. Bemerkenswert sind insbesondere außenpolitische Differenzen, in deren Verlauf Pellegrini Forderungen nach Neutralität und einer versöhnlicheren Haltung gegenüber Russland kritisiert hat. Auch wenn Hlas und Pellegrini mutmaßlich Fico nicht entscheidend eingrenzen können, dürfte es in der Slowakei nicht möglich sein, Orbáns dominanten Herrschaftsstil nachzuahmen.



Liberale konnten angesichts der jüngsten Entwicklungen in Rumänien erst einmal erleichtert durchatmen: Zwar erreichten die rechtsextremen Parteien bei den Parlamentswahlen 2024 einen Stimmenanteil von 35 %, konnten jedoch nicht in die Regierung eintreten. Die annullierte Präsidentschaftswahl 2024 mündete in einer Wahlwiederholung 2025 mit einem knappen Sieg des liberalen Kandidaten Nicușor Dan über den MAGA-nahen George Simion (Präsident der größten rechtsextremen Partei AUR). Der Wahlverlauf brachte jedoch erhebliche politische und rechtliche Instabilität mit sich. Angesichts der knappen Mehrheit, des starken Zulaufs für die extreme Rechte und der Unbeliebtheit des 2025 verabschiedeten Haushaltsstabilitätspakets ist die künftige politische Stabilität des Landes unsicher.

Auch in Bulgarien nahm die Polarisierung zu. Erstarkende Kräfte wie die rechtsextreme „Vazrazhdane“ (Wiedergeburt) stellten sich offen auf die Seite des Putin-Regimes, die 2025 ein Kooperationsabkommen mit der Partei „Einiges Russland“ unterzeichnete. Das Land erlebte in nur vier Jahren sieben Parlamentswahlen und ebenso viele Premierminister. Die Anfang 2025 gebildete Koalition schließt die mäßig russlandfreundliche Sozialistische Partei Bulgariens ein. Trotz dieser Instabilität wurden europäische Integrationsschritte vollzogen: Bulgarien trat dem

Schengen-Raum bei und bereitet die Einführung des Euro zum 1. Januar 2026 vor. Der Streit mit Nordmazedonien über Geschichte, Sprache und Minderheitenrechte blockiert jedoch weiterhin dessen EU-Beitrittsfortschritte, da die Aufnahme von weiteren Verhandlungsgesprächen von einer Verfassungsänderung zur Anerkennung der bulgarischen Minderheit abhängt – ein politisch zunehmend verhärteter Konflikt auf beiden Seiten.

Für einige Länder der Region erscheint ein EU-Beitritt in greifbarer Nähe: Montenegro ist dabei am weitesten vorangeschritten, auch wenn eine gewisse politische Instabilität anhält. Das Land strebt den Abschluss der Beitrittsverhandlungen bis Ende 2026 und den EU-Beitritt bis 2028 an. Albanien folgt als zweitaussichtsreichster Kandidat, mit dem Ziel, die Verhandlungen bis 2027 abzuschließen. Trotz der Fortschritte und dem hohen internationalen Ansehen von Premier Edi Rama bestehen weiterhin innenpolitische Herausforderungen, vor allem beim politischen Wettbewerb, der Korruptionsbekämpfung und den Verwaltungskapazitäten. Nordmazedonien hat aufgrund seines festgefahrenen Streits mit Bulgarien deutlich geringere Chancen. Bosnien und Herzegowina hat zwar einige Fortschritte erzielt, steht jedoch aufgrund schwacher Governance und innerer Zerreißproben vor großen Hürden. Die jüngsten Entwicklungen in Serbien haben dessen Beitrittsperspektiven weiter verschlechtert, auch wenn die EU strategische und wirtschaftliche Interessen daran hat, das Land im Kreise der europäischen Staaten zu halten, um eine stärkere Anbindung an Russland und China zu verhindern.

Serbiens Chancen auf eine Annäherung an die EU wurden nicht verbessert, als Präsident Vučić als einziger Regierungschef eines Beitrittskandidaten am 9. Mai 2025 an den Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkrieg in Moskau teilnahm – zusammen mit Robert Fico, jedoch, vielleicht überraschend, nicht mit Viktor Orbán. Dies unterstreicht den anhaltenden Einfluss Russlands auf Teile der Region, auch in EU- und NATO-Mitgliedsstaaten. Trotzdem stellen Serbien, die Slowakei und Ungarn eher Ausnahmefälle dar. Die meisten Länder betrachten Russlands Politik als existentielle Bedrohung und unterstützen die Ukraine seit Beginn der Invasion stark. Für viele NATO-Mitglieder war die Anhebung der Verteidigungsausgaben auf 5 % des BIP eine pragmatische Reaktion, weniger ein Entgegenkommen gegenüber Donald Trump. Dennoch könnte dieser erhöhte Ausgabeposten innenpolitischen Gegenwind erzeugen, da die Haushalte bereits durch Schulden- und Defizitprobleme belastet sind. Anzeichen einer „Ukraine-Müdigkeit“ zeigen sich in vielen Ländern, da Teile der Bevölkerung angesichts drängender eigener wirtschaftlicher Probleme den Preis der Unterstützung für die Ukraine zunehmend infrage stellen.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2026

ISBN

978-3-68933-009-5

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Sebastian Plate
Project Manager
Telefon +49 5241 8181263
sebastian.plate@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de